

Zweite-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die **Zeitung** erscheint wöchentlich dreimal und zwar als **Freitag**. Die **Bezugsgebühr** beträgt in **Stadt** und **Land** sowie durch die **Post** bei **regelmäßiger** Abnahme **monatlich** **10.000**, in den **Abgabestellen** **monatlich** **8.75** monatlich. Die **abgespaltene** **Abgabe** **monatlich** **10.000**, in den **Abgabestellen** **monatlich** **8.75** monatlich. Die **abgespaltene** **Abgabe** **monatlich** **10.000**, in den **Abgabestellen** **monatlich** **8.75** monatlich. Die **abgespaltene** **Abgabe** **monatlich** **10.000**, in den **Abgabestellen** **monatlich** **8.75** monatlich.

Zur Neuwahl des Reichspräsidenten.

Eine Erklärung des Kanzlers. — Demnächst Vorbesprechung mit den Parteiführern.

Reichstag.

Berlin, 22. Februar.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst die dritte Beratung des Reichsstaatsbudgets auf Antrag Bader-Weinberg (Ztr.) auf nächste Woche verschoben. Das Gesetz für die Erhebung einer Abgabe für die Förderung des Wohnungsbaues wird Johann in dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für 1922 beim Ausschuss des Reichspräsidenten. Abg. Dr. Hegel (Dn.) spricht die Neuwahl des Reichspräsidenten an und betont, daß die Verlen des gegenwärtigen Präsidenten dabei völlig ausschide. Es sei eine Pflichtfrage, ob heute, anderhalb Jahre nach Zulassung des Reichstages, noch immer der alte Nationalparlamentarismus Präsident zu Recht bestehe. Der Reichspräsident selber sei der Meinung, daß auch der Schein werden werden müßte, als ob ein Recht des Volkes gestiftet werden sollte. Nachdem jetzt die oberste Frage gestellt sei, habe die Regierung keinen weiteren Grund, sich zurückhalten zu zeigen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Die Regierung muß es ablehnen, bei diesem Staatsrat hierzu Stellung zu nehmen. Abg. Frick (Komm.) lehnt den Titel ab, weil der Präsident keine Würdigung habe, als dies sonst bei Präsidenten von Republikern oder selbst bei Monarchen der Fall sei. Herr Frick Ebert habe souverän über der Reichsverfassung, wie seine zahlreichen Verordnungen der letzten Zeit

bewiesen. Er sei aus einer Partei hervorgegangen, die so von Marasmus erfüllt sei, daß sie die Schandfüße gubhe, die sich gegen Arbeiter gubt werde.

Abg. Dr. Aßh (D. Vpt.): Dieser Partei liegt es fern, aus der Frage der Neuwahl eine politische zu machen, wir wünschen aber, daß eine Bestimmung der Verfassung endlich erfüllt wird, und möchten wissen, ob die Regierung sich überhaupt über diesen Punkt Gedanken gemacht hat.

Abg. Hoffmann (L. Vorkem.): Die Rechte möge nicht so tun, als ob sie noch Neuwahlen bränge. Wert sei ja doch nur Maßstab für den künftigen Monat. seiner Ansicht nach sei der Präsident ein ganz überflüssiges Mitglied. Wert untergeordnet ist doch nur, das andere untergeordnet.

Auf Antrag Schulz (Dn.) wird die Abstimmung über den Staatsrat ausgesetzt, weil die Regierung es abgelehnt hat, die Frage der Neuwahl hier zu beantworten.

Reichskanzler Dr. Weth

fährt zum Etat des Reichskanzlers aus: Bisher ist es künftiger besser, an erster Stelle den Titel „Reichskanzler“ zu beraten. Von einer Vernehmung im Volk wegen der Neuwahl ist keine Rede. Vor üblicher Eröffnung der obersten Frage konnte nichts gefahren. Jetzt können wir nun den Parteiführern in Vorbesprechungen eintreten und das hohe Haus wird bald Gelegenheit bekommen, zu der Frage Stellung zu nehmen, denn sie ist wichtig.

Darauf wird der Etat des Reichskanzlers angenommen, ebenso der des Reichspräsidenten. Nächste Sitzung morgen nachmittags 2 Uhr.

Petersdorf.

Nach dem Friedensvertrage sollten die alliierten Truppen zurückgezogen werden, sobald die Grenze festgelegt worden ist. Das Verbleiben der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien wirkte um so mehr, als eine gewollte Provokation, als ja die gleichen Truppen während des Polenputsches sich lediglich als Hilfstuppe der polnischen Rebellion aufspielten hatten. Ist schon an sich eine Besetzung mitten im Frieden etwas Aufreizendes, so muß die Besetzung eines Landes, das Bevölkerung noch mehr erregt, wenn auch der letzte Schein eines Rechtsstittes dafür geschwunden ist. In Petersdorf war es nun zu Zusammenstößen zwischen französischen Soldaten und deutschen Einwohnern gekommen. Anhalt, daß die Franzosen erkannt haben würden, daß lediglich ihre neo-imperialistische Politik und ihr ganzes Auftreten die phlogologische Erklärung für jene betrüblichen Vorgänge enthalten. Hat die Regierung des Herrn Poincaré wegen der Postkommisse etwa die Todeslustschüsse bekommen. Der nationale Block in der Kammer hielt die ganze Angelegenheit für einen unrichtigen Anlaß, um wieder einmal die französischen Volkseigenen zu lassen. Die Panik der Chauvinisten sucht stets nach einer Erklärung, die möglichst weit ab von den realen Ursachen liegt. So auch hier. Obwohl die deutsche Regierung im Verein mit den sozialistischen preussischen Innenminister alle Freizugs aufgestellt hat, das Verbleiben für sie unter schwere Strafe stellte und auch sonst alles tat, was billigerweise von einer Regierung verlangt werden kann, wurde sie beschuldigt, den „Angriff“ von Petersdorf geduldet, wenn nicht gar veranlaßt zu haben. Wenn man auch zugeben kann, daß ein Teil jener Landesrechtsnatoren, die sich vereint in der Selbsttötung eingeschlichen hatten, befreit waren, ihre Verbände zu erhalten, so ist die Regierung doch daran unschuldig. Sie kann nicht alle Unschuld ausmergen, und dieses Kunststück vermag auch keine französische Verwaltung; dies auch in Frankreich gibt es noch Verbredern und Verbreiter, Vergeben und Gefährdeter.

Petersdorf liegt in jenem Gebiete, das noch immer der Hofheit des famosen Puffisfreundes, Koranv-Anhängers und französischen Generals Le Rond untersteht. Wenn sich in diesem Gebiete also Unruhen ereignen, so hätte Herr Poincaré allen Anlaß, seinen unfähigen Militär abzuberufen und die Leitung der Interalliierten Kommission einer Persönlichkeit zu übertragen, die etwas mehr Kenntnis der Menschen und Verhältnisse hat, um solche Zwischenfälle nicht zur Tot werden zu lassen. Aber Herr Poincaré und die wilden Männer des nationalen Blocks luden die Schuld nicht bei ihrem talentlosen General, sondern sie toben gegen Deutschland und die deutsche Regierung, die beide leider auch in diesem Gebiete noch nichts wieder zu sagen haben, da ja die Interalliierte Kommission noch alle Macht — wenn auch zu Unrecht — in ihren Händen hält. Herr Poincaré bekam auf seine Schatzkammerherde hin sogar eine Vertrauensstagesordnung ziemlich einmütig bewilligt. Er hatte gedroht, von Deutschland Genugtuung und Sühne zu verlangen. Das Verlangen ist absurd, da es ja Deutschland gar nicht verhindern konnte, wenn in dem besetzten Gebiete Zusammenstöße erfolgten. Und was die Befugigung anging, Deutschland habe in dem unbesetzten Gebiet die Vorbereitung eines Anschlages geduldet, so hat die deutsche Regierung ungekündet den Entwaffnungskommissar Dr. Peters nach dem verdächtigen Gebiet und nach Petersdorf selber entsandt. Herr Dr. Peters hat die Entwaffnung in ganz Deutschland mit einer Umsicht und Gründlichkeit geleitet, die von erstlichen Gegnern rühmend anerkannt worden ist. Er ist der erfahrene Mann, den wir auf diesem Gebiete besitzen. Aber er hat feststellen müssen, daß die gesamten französischen Befugigungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Nun aber kommt aus Petersdorf eine Meldung, die wie ein Blitz die wahren Zustände in Oberschlesien beleuchtet. Ein angetrunkenen Soldat, der mit zwei Kameraden aus einem Lokal kam, rief vorübergehenden Zivilisten zum Hohn und offenbar zu seinem Privatvergnügen zu: „Hände hoch!“ Im gleichen Augenblick hat er auch einen Schuß abgefeuert. Der an der nächsten Straßenecke ruhigen seinen Dienst verrichtende Polizeiwachmann hat die französischen Soldaten im Tone größter Zurückhaltung zum Treiben aufgefordert. Ohne jedes weitere Wort freute daraufhin die uniformierte Besatzung die Wachmeister durch einen Kopfschuß nieder. So benehmen sich die Besatzungstruppen, und dann stellt Herr Poincaré noch große Betrachtungen über die deutsche Niedertracht an, die Maffeo gegen die Besatzungssoldaten angeblich anstimmte. Der neueste Vorgang beweist, welche Ursachen es sind, die verzeigte Teile der Bevölkerung zu Verzeigungsauffregungen reizen. Der betrunkenen Franzose mit dem Schießsen ist keine verzeigte Ursache. Die Wachen der Be-

Zwist im Eisenbahnerverband.

Während des Eisenbahnerstreiks hatten sich, wie allgemein mitgeteilt worden war, mehrere Ortsgruppen des sozialistischen Deutschen Eisenbahnerverbandes, darunter auch die Ortsgruppe Berlin, entgegen ausdrücklicher Weisung, dem Streik angeschlossen. Es war schon vor einigen Tagen von heftigen Kämpfen und einer drohenden Spaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Rede.

Am Dienstag teilte in der Generalsversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes der Bezirksleiter Ankeel mit, daß am Nachmittag eine folgenreichere Besprechung zwischen der Ortsverwaltung Berlin und dem Hauptvorstand stattfinden habe. Der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Scheffel, habe in dieser Sitzung im Namen des Vorstandes sich sehr schärf gegen den Streik ausgesprochen und der Berliner Zeitung zum Vorwurf gemacht, daß sie sich an dem Verbrechen beteiligt habe. Der Hauptvorstand habe deshalb beschloffen, die Leiter der Berliner Ortsgruppe ihrer Ämter zu entheben und in andere Stellen zu versetzen.

Diese Mitteilung rief in der Versammlung eine heftige Erregung hervor, die sich noch steigerte, als weiter der Vorsitzende des Hauptvorstandes mitgeteilt wurde, daß die Ortsgruppe Berlin aufgelöst werden würde, falls sie sich den Beschlüssen nicht fügen sollte. In der Aussprache traten sämtliche Funktionäre einschließlich der SPD-Fraktion geschlossen gegen die Maßnahmen des Hauptvorstandes auf. Zu Beschlüssen kam es noch nicht, da die Generalsversammlung am Freitag fortgesetzt werden soll. Die Rote Fahne, der wir diesen Bericht entnehmen, benutzt diese Vorgänge zu einem scharfen Angriff gegen den Hauptvorstand und fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, sich gegen die heuchlerische Zerfällung des Deutschen Eisenbahnerverbandes zur Wehr zu setzen.

Das Arbeitszeitgesetz.

Zu der kommenden Woche werden die durch den Eisenbahnerstreik unterbrochenen Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz im Reichsjustizministerium mit den Sühnorganisations der Eisenbahnbeamten und der Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Inzwischen haben die einzelnen Verbände Stellung genommen und eine Reihe von Änderungsanträgen fertiggestellt, die neue langwierige Verhandlungen nötig machen werden.

Die demokratische Reichstagsfraktion

beschäftigte sich anlässlich des Eisenbahnbeamtenstreiks eingehend mit Beamtenfragen und kam zu dem Ergebnis, daß der Beamtenstreik mit der offensichtlich rechtlichen Stellung der Beamten nicht vereinbar ist. Die Anerkennung des Streiks zur Arbeitsüberlegung der Beamten hätte naturgemäß zur Folge, daß auch der Staat nicht mehr an die besonderen Verpflichtungen gegenüber den Beamten gebunden wäre. Die Fraktion hat meier einstimmig auf dem Standpunkte, daß auch im demokratischen Staat an Staatsbeamten kein Gehalt zu fordern ist. Gerade deshalb

weilt sie darauf hin, wie sehr der Streik die Einrichtung eines Berufsbeamtenamtes gefährdet.

Zur Frage der Währungsreform erklärt die Fraktion, sie wolle nicht daß jetzt eine Politik der Vergeltung gegenüber der ar. Streik beteiligten Beamten getrieben werde. Die Fraktion werde alles tun, um die Regierung zu veranlassen, genau nach den von dem Reichsamt ausgesetzten Richtlinien zu verfahren. Weiter erwartet die Fraktion von der Regierung, daß sie eine Besatzungsreform und besonders eine Erhöhung der Grundgehälter vorgenommen wird.

Die Erhöhung der Gerichtsgebühren.

Preussischer Staatsrat.

Zu den Geschehnissen über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, der Notare und der Gerichtskosten lag in der Dienstag-Sitzung ein Antrag des Verfassungsausschusses vor, der die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze für zu hoch hält. Die Erhöhung der Gebühren für die freiwillige Gerichtsbarkeit ist erforderlich, da sich die Notwendigkeit ergeben hat, den Justizetat um weitere 200 Millionen zu erhöhen. Dieser Mehrbedarf soll durch Erhöhung der Gerichtskosten und der Gebühren der Gerichtsvollzieher sowie durch eine neu einzuführende Abgabe der Notare von ihren Gebühren an den Staat gebracht werden.

Der Stand der Reichsschuld.

Schwebende Kredite von fast 600 Milliarden. Ein dem Reichstage heute zugegangener „Missericht über den Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922“, der in der Hauptsache nur die bereits bekannten Abschätzungen der einzelnen Etats wiederholt und erläutert, gibt eine Auffstellung über den Stand der Reichsschuld am 30. September v. J. In diesem Tage betrug die fundierte Schuld 73 495 164 900 Mark; davon entfielen etwa 57,3 Milliarden auf die Prozentigen Kriegsanleihen. Durch unermessliche Schatzanweisungen waren an schwebende Schuld bis zum gleichen Termin 210 408 460 300 Mark fällig gemacht. Bewilligt waren Kredite im Betrage von 282 457 293 083 Mark. Rechnet man die weiteren Reichstagsbewilligungen für den Etat von 1921, sowie die durch den Etat von 1922 angeforderten Summen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag der bisher bewilligten und angeforderten schwebenden Kredite von nicht weniger als 576 851 371 541 Mark; davon waren am 30. September 366 442 911 241 Mark noch offen. In ihnen find die 183 1/2 Milliarden Reparationsbeiträge des Etats 1922 enthalten.

Wie unsere Wahrung aussähe, wenn diese 366 1/2 Milliarden bis Ende 1922 „fällig gemacht würden“, kann man sich vorstellen. Aber der Fälligkeit des Reparationsauschlages ist ja beinahe die von den Zahlungsvorschritten des Londoner Ultimatus ausgehende Fälligkeit. Selbst wenn man indes von dem ganzen Reparationsbeitrag abliest, ist die Entwidlung der schwebenden Schuld im höchsten Maße beängstigend.

schonungslos mögen verschleiden sein wie die Form der ... durch die Wandträger weicht. Im Effekt kommt aber alles auf dasselbe hinaus. Man treibe die Bevölkerung ...

Von Breslau erfahren wir, daß die drei Franzosen, die in dem ...

Am unwürdigen Ausfluß des Reichstaats wurden am Mittwoch von verschiedenen Rednern die unwürdigen ...

Studentenrecht und Lehrfreiheit.

Eine Rede des Kultusministers Soetig. Die Frage der Autonomie der Universitäten. Die politische ...

Berlin, 22. Februar 1922. Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr mittags eröffnet. Die ...

Kultusminister Soetig.

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Vom hallischen Bühnenball.

Der Bühnenball: Sie wissen ja wohl, wieviel heute ein Er kostet, ein alter ...

Der Bühnenball.

Über sollen nun wegen des verfallenen Vertrags in das ...

Stellung anerkannt werden. Die Studentenchaft ist nur der ...

Bei der Berufung wird kein Professor nach seiner politischen ...

Der Kultusminister weist hierauf einige Anreize des ...

Die Halle Genscher: Es hat mir besonders imponiert, daß man auf das ...

Der Bühnenball: Sie wissen ja wohl, wieviel heute ein Er kostet, ein alter ...

Uebernahme unserer Bühnen mit freigelegten Stühlen ...

Das Vermögenszuwachs-Steuergesetz.

Berlin, 22. Februar. Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen, der heute ...

Im Labyrinth.

Nur halbes Dutzend sind zu sehen: Als der tapfere Hektor sich in die Höhle des ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht ...